

**Gemeinsame Erklärung der
Ministerpräsidentin und der Ministerpräsidenten
der ostdeutschen Länder**

Die Zukunftsregion Ostdeutschland gemeinsam gestalten

Im 35. Jahr der Deutschen Einheit steht Deutschland an einem politischen Wendepunkt. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht einen gesamtgesellschaftlichen und wirtschaftlichen Aufbruch. Nur durch grundlegende Veränderungen können wir Wachstum entfesseln, Transformation gestalten und Daseinsvorsorge sicherstellen – und so das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates bewahren oder zurückgewinnen. Wir, die Regierungschefin und die Regierungschefs der ostdeutschen Länder, wenden uns mit dieser Erklärung an die künftige Bundesregierung, um den Osten Deutschlands als Zukunftsraum zu stärken und weiterzuentwickeln.

Ostdeutschland hat sich in den vergangenen Jahrzehnten erfolgreich entwickelt. Aus einer Region, die aufholen musste, sind starke Regionen geworden, die einen wichtigen Beitrag innerhalb des Bundes leisten. In vielen Bereichen sind wir führend. Ostdeutschland ist heute das Zentrum der europäischen Halbleiterindustrie und der Optik, ein Innovationsstandort für Zukunftstechnologien und ein Modell für erfolgreichen Strukturwandel.

Unser föderales System verpflichtet Bund und Länder gleichermaßen zur Bewältigung dieser Herausforderungen. Die Bundespolitik muss die Realitäten in den Ländern und Kommunen wieder stärker berücksichtigen. Ostdeutschland ist nach wie vor durch strukturelle Besonderheiten geprägt, die eine spezifische politische Antwort erfordern.

Wir, die Regierungschefin und die Regierungschefs der ostdeutschen Länder, appellieren an CDU, CSU und SPD, folgende Forderungen in die Koalitionsverhandlungen und den Koalitionsvertrag aufzunehmen:

1. Wirtschaftskraft stärken und Industriearbeitsplätze schaffen

Die wirtschaftliche Transformation Ostdeutschlands ist eine Erfolgsgeschichte, die fortgeschrieben werden muss. Um die Innovationskraft zu steigern, fordern wir eine gezielte Erhöhung der Technologie- und Wissenschaftsförderung in den ostdeutschen Ländern. Neue außeruniversitäre Forschungseinrichtungen müssen gezielt in Ostdeutschland angesiedelt werden. Die Stärkung der erfolgreich etablierten Netzwerke durch eine Verzahnung mit der Regionalförderung ist der richtige Weg. Erfolgreiche ostdeutsche Beispiele hierfür sind das Halbleiter-Ökosystem in Sachsen, das mitteldeutsche Chemiedreieck in Sachsen-Anhalt, die Optoregion Thüringen, Gesundheitswirtschaft/Life Science/Biotechnologie und Erneuerbare Energien in Mecklenburg-Vorpommern oder das Luftfahrtcluster in Brandenburg und Berlin.

Die kleinteilige Wirtschaftsstruktur in Ostdeutschland leidet besonders unter Bürokratielasten und muss daher zwingend entlastet werden.

Die ostdeutsche Wirtschafts- und Forschungsstruktur benötigt besondere Aufmerksamkeit. Folgende Punkte sind wichtig:

- Die Standortnachteile der ostdeutschen strukturschwachen Regionen in den Bereichen wirtschaftsnahe Infrastruktur und regionale Daseinsvorsorge müssen in den Investitionsprogrammen des Bundes eine hervorgehobene Berücksichtigung finden.
- die demografisch bedingte Fachkräftelücke wird in Ostdeutschland in den kommenden Jahren besonders groß ausgeprägt sein und erfordert hier auch eine nachhaltige Unterstützung durch den Bund – z.B. hinsichtlich einer gezielten Fachkräfteeinwanderung aus dem Ausland.
- Bürokratienteilnahme für kleine und mittlere Unternehmen (KMU)
- Anhebung der KMU-Grenze auf EU-Ebene von derzeit 250 Beschäftigten, damit auch ostdeutsche Unternehmen gute Rahmenbedingungen für individuelles Wachstum vorfinden
- Reduzierung wettbewerbshemmender Belastungen und gezielte Investitionsanreize
- Kontinuierliche Förderung von Forschung und Entwicklung durch Programme wie WIR! und RUBIN
- Auflage eines Infrastrukturprogramms zur Stärkung der Forschung an Hochschulen in den ostdeutschen Bundesländern, um den strukturellen Rückstand der ostdeutschen Hochschul- und Forschungslandschaft gezielt zu überwinden
- Schaffung weiterer Standorte der "de:hub-Initiative" in Ostdeutschland und Vereinfachung von Ausgründungen sowie des Forschungstransfers aus den Hochschulen
- Gezielte Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel, der die ostdeutschen Länder aufgrund ihrer demografischen Struktur besonders betrifft
- Stärkung der KI-Souveränität Deutschlands unter Einbeziehung der ostdeutschen Innovationsstandorte
- Bessere Unterstützung von Ausgründungen aus Hochschulen zur Hebung der Gründerquote in Ostdeutschland
- Anpassung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) an die tatsächlichen Preissteigerungen und langfristige Planungs- und Finanzierungssicherheit
- Schutz ostdeutscher Industrieunternehmen vor Wettbewerbsverzerrungen auf europäischer Ebene (Sanktionen, Schutzzölle, Reduzierung Energiepreise, Vermeidung Überregulierung).
- Investitionen in bereits bestehende oder geplante Standorte der Halbleiterfertigung in Ostdeutschland müssen seitens des Bundes weiterhin intensiv begleitet und unterstützt werden.
- Übertragung von erfolgreichen Regelungen zur Verfahrensbeschleunigung auf andere Bereiche wie Verkehr, Bau und digitale Infrastrukturen
- Vertrauensoffensive: Übergang von flächendeckender Kontrolle zur Stichprobe sowie Anzeige- anstelle von Genehmigungsverfahren

- Experimentierklausel für unbürokratische Erprobungsräume: schnelle und pragmatische Entscheidungen durch Entscheidungsträger vor Ort

2. Energiewende gerecht gestalten

Wir bekennen uns zum Ausstiegsdatum aus der Kohleverstromung im Jahr 2038. Gleichzeitig muss eine verlässliche und bezahlbare Energieversorgung sichergestellt werden, besonders für energieintensive Industrien. Ostdeutschland darf nicht durch Konstruktionen wie den Südbonus benachteiligt werden. Der gute Ausbaustand der Erneuerbaren Energien muss sich für die Menschen vor Ort auszahlen.

Die Potenziale der in Ostdeutschland bestehenden Fernwärmenetze müssen konsequent genutzt werden. Gleichzeitig sind die Forschungskapazitäten in den Bereichen erneuerbare Energien, Energieeffizienz sowie innovative Energiespeicher- und Transporttechnologien durch gezielte Investitionen auszubauen. Besonders die Tiefengeothermie bietet sich als weiteres Instrument zur klimaneutralen, sicheren und preisstabilen Wärmeversorgung an.

Folgende Punkte sind wichtig:

- Dauerhafte und nachhaltige Senkung der Energiekosten durch dauerhafte Senkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß auch für Haushalte und KMU und gezielte Entlastungen für energieintensive Industrien
- Deutliche Reduzierung der Gasspeicherumlage durch Nutzung anderer Finanzierungsmodelle zur Sicherung der Gasversorgung
- Beschleunigter Ausbau der Wasserstoffinfrastruktur (einschließlich Schließung von Netzlücken und Ost-West-Netzverbindung) und konsequente Umsetzung der Kraftwerksstrategie unter Berücksichtigung der bestehenden Kraftwerksstandorte ohne Benachteiligung Ostdeutschlands
- Faire, stabile und niedrige Netzentgelte für Stromverbraucher und keine Benachteiligung des Ostens
- Konsequente Nutzung der Potenziale ostdeutscher Fernwärmenetze
- gezielter und an Leistungsparametern orientierter Ausbau nutzbarer Erneuerbarer Energien und gezielte Stärkung relevanter Technologien (z.B. Offshore-Konverterplattformbau) sowie Förderung von Geothermie (einschließlich Risikoabsicherung).
- Sicherung von Biogasanlagen und Stärkung der nachhaltig erzeugten Biomasse in der energetischen Verwertung
- Stärkung der ostdeutschen Energie- und Fusionsforschung, der klimawissenschaftlichen Grundlagenforschung und der anwendungsorientierten Entwicklung klimaschützender Technologien

3. Leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur und starke ländliche Räume voranbringen

Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist essenziell, um die Region als Bindeglied zwischen Mittel- und Osteuropa zu stärken. Unser Ziel ist eine vergleichbare Anbindung der ostdeutschen Länder mit unseren Nachbarn Polen und Tschechien über Schienen und Straßen wie mit Frankreich und den Benelux-Staaten.

Der Schienenverkehr muss durch die Reaktivierung stillgelegter Strecken und den Ausbau des Fernverkehrsnetzes gestärkt werden. Zudem müssen Wettbewerbsnachteile ostdeutscher Flughäfen beseitigt werden.

Die geografische Lage und ländliche Struktur Ostdeutschlands erfordern besondere Aufmerksamkeit. Folgende Punkte sind uns wichtig:

- Verbesserung der verkehrstechnischen Anbindung an Polen und Tschechien
- Forcierte Maßnahmen zum Ausbau und Elektrifizierung des Schienen- und Straßennetzes (z.B. die ostdeutschen Fernverkehrsrouten und wichtige Regionalrouten, Anbindung an die Bundeshauptstadt Berlin) sowie der Häfen, der Flughäfen und ihrer Hinterlandanbindungen – wo immer möglich in Kooperation mit Nachbarländern und der EU
- Verkürzung der Planungs- und Genehmigungsdauer für Infrastrukturprojekte
- Priorisierung der im Rahmen des Investitionsgesetzes Kohleregionen beschlossenen Infrastrukturvorhaben mit dem Ziel einer Fertigstellung vor 2038
- Erhöhung und Anpassung der Regionalisierungsmittel und der Mittel des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG) an die tatsächlichen Preissteigerungen
- Erhalt regionaler Mitgestaltungs- und Umsetzungskompetenzen statt umfassender Zentralisierung in der EU-Förderpolitik auf nationaler Ebene
- Verhandlungen der Bundesregierungen auf europäischer Ebene sollte einen flexiblen, breiten sowie auf die spezifischen Unterstützungsbedarfe Ostdeutschlands passenden Mitteleinsatz, eine optimale Mittelausstattung sowie attraktive EU-Beteiligungssätze für die ostdeutschen Regionen zum Ziel haben
- Stärkung des internationalen Flugverkehrs und des Ausbaus des Langstreckenangebotes in Ostdeutschland, Schaffung zusätzlicher Start- und Landerechte im Frachtverkehr
- Anpassung der EU-Agrarförderung (GAP) an größere landwirtschaftliche Betriebseinheiten in Ostdeutschland.
- Hohe Priorität der ländlichen Räume bei der Verhandlung des Mehrjährigen Finanzrahmens

4. Daseinsvorsorge sichern

Die Bürgerinnen und Bürger verlassen sich auf eine flächendeckende und hochwertige medizinische Versorgung. Die unterdurchschnittliche Bevölkerungsdichte und die demografischen Herausforderungen in Ostdeutschland erfordern besondere Maßnahmen zur Sicherung der medizinischen und pflegerischen Versorgung.

Viele Ostdeutsche haben nach der Wiedervereinigung unter schwierigen Bedingungen gearbeitet, waren von Umbrüchen betroffen und mussten geringere Löhne hinnehmen. Diese Biografien spiegeln sich oft in niedrigen Renten wider.

Wesentlich für die Sicherung der Daseinsvorsorge sind unsere Kommunen. Sie schaffen Raum für wirtschaftliche Entwicklung, übernehmen grundlegende Aufgaben der Daseinsvorsorge wie Wasserversorgung, Abwasserentsorgung und ÖPNV, tragen zur öffentlichen Sicherheit und Ordnung bei, stellen Infrastruktur sowie Einrichtungen und Dienste für Bildung, Soziales, Kultur und Freizeit bereit. Diese Aufgaben können sie nur wahrnehmen, wenn sie sich auf eine verlässliche Finanzausstattung stützen können.

Folgende Punkte sind wichtig:

- Sicherstellung einer flächendeckenden stationären und ambulanten Versorgung im Gesundheits- und Pflegesektor durch sektorenübergreifende Finanzierungskonzepte und Bürokratieabbau, Kompetenzstärkung und Attraktivitätssteigerung der Gesundheitsberufe
- Gezielte Programme für den ländlichen Raum, um den Mangel an Ärzten, Medizin- sowie Pflegepersonal in strukturschwachen Regionen entgegen zu wirken
- Schnelle Umsetzung des Pflegefachassistenteneinführungsgesetzes und des Pflegekompetenzgesetzes
- Pflegereform: Begrenzung der finanziellen Belastung durch Pflegekosten, die für Ostdeutsche aufgrund niedrigerer Einkommen und Renten sowie teilweise gebrochener Erwerbsbiografien besonders schwer wiegen
- Berücksichtigung der bereits in den 1990er Jahren vollzogenen Strukturbereinigung der Krankenhausstandorte, Beachtung in der weiteren Umsetzung der Krankenhausreform und Bereitstellung von zusätzlichen Mitteln durch den Bund, um ein Wegbrechen von versorgungsrelevanten stationären Strukturen vor allem im ländlichen Raum zu verhindern
- Langfristige Stabilisierung des Rentenniveaus bei 48 Prozent und der Rentenbeiträge angesichts der Tatsache, dass für 97 Prozent der ostdeutschen Rentnerinnen und Rentner die gesetzliche Rente das einzige Alterseinkommen darstellt
- Steuerfreie Erwerbstätigkeit nach Renteneintritt bis zu einem bestimmten Betrag
- Unterstützung von KMU beim Abschluss von Betriebsrenten und staatliche Förderung privater Altersvorsorge für Kinder und Jugendliche

5. Finanzielle Gerechtigkeit herstellen

Wir würdigen die Lebensleistung der Ostdeutschen, die seit der Wiedervereinigung mit bemerkenswerter Kraft und Entschlossenheit den Transformationsprozess bewältigt und die Hauptlast bei der Überwindung der Folgen der sozialistischen Planwirtschaft getragen haben. Die Menschen haben das Land neu aufgebaut und hinterlassen künftig ihren Kindern und Enkeln eine leistungsfähige Infrastruktur und gute Lebensperspektiven. Daher kritisieren wir, dass auch im 35. Jahr der Deutschen Einheit der Bund nicht die volle finanzielle Verantwortung für die unverschuldeten Belastungen

der ostdeutschen Kommunen durch die Altschulden insbesondere kommunaler Wohnungsunternehmen und für die Belastungen der ostdeutschen Länder durch Rentenzahlungen nach dem Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz (AAÜG) trägt.

Zudem sollten Unternehmen Gewerbesteuer künftig dort zahlen, wo die Gewinne erwirtschaftet werden, um mehr Geld in ostdeutschen Kommunen zu halten.

Folgende Punkte sind uns wichtig:

- Eine langfristige Finanzierungsstrategie, die wirtschaftliches Wachstum sichert
- Finanzielle Entlastung der ostdeutschen Kommunen von Altschulden insbesondere kommunaler Wohnungsunternehmen
- Deutlich wachsende Beteiligung des Bundes an den Kosten aus dem Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz (AAÜG), deren Zuwachs derzeit die ostdeutschen Haushalte immer stärker belastet
- Ausreichende und dauerhafte Finanzierung bundespolitisch initiiert Programme; dazu stringente Umsetzung des Konnexitätsprinzip – getreu dem Motto: wer bestellt, bezahlt
- Berücksichtigung der ostdeutschen Situation bei einer Reform der Gewerbesteuer
- Fortsetzung der gezielten europäischen Förderung für Ostdeutschland im Rahmen der EU-Kohäsionspolitik nach 2027
- Erhalt regionaler Planungs- und Umsetzungskompetenzen statt umfassender Zentralisierung in der EU-Förderpolitik

6. Demokratie, Kultur und Zusammenhalt stärken

Wir unterstreichen die Bedeutung gemeinnütziger Organisationen, engagierter Vereine und zivilgesellschaftlicher Akteure als zentrale Säulen unserer Gesellschaft. Die Unterstützung von Projekten zur demokratischen Teilhabe, beispielsweise durch die Bundesprogramme "Zusammenhalt durch Teilhabe", „Demokratie leben!“ und, „Kultur macht stark“ muss fortgesetzt und die Strategie „Gemeinsam für Demokratie und gegen Extremismus“ weiterentwickelt und die Demokratieförderung mittels eines Gesetzes verstetigt werden.

Die kulturelle Vielfalt wird an vielen ostdeutschen Orten sichtbar und prägt mit der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten, der Stiftung Bauhaus Dessau, der Klassik-Stiftung Weimar sowie einer Vielzahl weiterer UNESCO-Weltkulturerbestätten die Identität Deutschlands nachhaltig. Ihre Unterstützung ist ebenso wichtig wie die Sicherung der Forschung zur SED-Diktatur, der Gedenkstättenlandschaft und der Bewahrung der Erinnerungsorte im Rahmen einer umfassenden Erinnerungskultur.

Ehrenamt, Kultur und Sport sind wichtige Säulen für die Gesellschaft und ihren Zusammenhalt und müssen weiter gezielt gestärkt werden.

7. Faire Repräsentation

Ostdeutschland ist mehr als eine Aufbau- und Transformationsregion. Wir sind in einer neuen Phase, in der wir in vielen Fragen Vorreiter sind. Diese Potentiale müssen im Rahmen der Wirtschafts- und Forschungspolitik Berücksichtigung finden. Verbleibende historisch bedingten Nachteile erfordern aktives Handeln für einen faireren Ausgleich. Folgende Punkte sehen wir als notwendig an:

- Verstärkte Ansiedlung von Bundesbehörden, EU-Institutionen und Forschungseinrichtungen in Ostdeutschland
- Umgehende Umsetzung zentraler Standortentscheidungen wie die Ansiedlung der Deutschen Agentur für Transfer und Innovation (DATI), des Bundesforschungszentrums für klimaneutrales und ressourceneffizientes Bauen, des zweiten Standorts der Bundesakademie für Bevölkerungsschutz und Zivile Verteidigung oder des Zukunftszentrums für Deutsche Einheit und Europäische Transformation als gesamtstaatliches Vorhaben
- Einsatz für eine faire Berücksichtigung ostdeutscher Standorte und Potentiale im Rahmen der deutschen Olympiabewerbung im fünften Jahrzehnt nach der Deutschen Einheit
- Fortschreibung und Umsetzung des "Bundeskonzepts zur Steigerung des Anteils von Ostdeutschen in Führungspositionen der Bundesverwaltung"

8. Dem Osten eine starke Stimme geben

Wir fordern eine angemessene Vertretung Ostdeutschlands in der neuen Bundesregierung. Der Beauftragte für Ostdeutschland muss weiterhin mit Kabinettsrang ausgestattet sein, um die strukturellen Unterschiede zwischen Ost und West sichtbar zu halten und neue wirtschaftliche und gesellschaftliche Impulse für Ostdeutschland anzustoßen. Zudem erwarten wir, dass Bundesministerinnen und Bundesminister mit ostdeutschem Hintergrund berufen werden.

Die Regierungschefin und die Regierungschefs der ostdeutschen Länder erwarten, dass diese Forderungen im anstehenden Koalitionsvertrag Berücksichtigung finden. Nur durch ein kooperatives Miteinander von Bund und Ländern können wir die Herausforderungen bewältigen und die Zukunftsregion Ostdeutschland gemeinsam gestalten.

Mit vereinten Kräften und einer zielgerichteten Politik können wir Ostdeutschland als innovative, wirtschaftlich starke und lebenswerte Region im Herzen Europas weiter voranbringen.